

AMTSBLATT

Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover

JAHRGANG 2008

HANNOVER, 17. JULI 2008

NR. 27

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER UND DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Region Hannover

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 4 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG)	236
Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 4 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG)	236
Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 4 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG)	236
Nutzungs- und Gebührensatzung für die Kindertagesstätte der Region Hannover, Robert-Koch-Str. 4 in 31535 Neustadt am Rübenberge	236

Landeshauptstadt Hannover

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt BURGDORF

Bebauungsplan Nr. 5-12 „Nördlich Worthstraße“	237
---	-----

2. Stadt LAATZEN

Satzung zur 1. Verlängerung der Satzung über die Veränderungssperre Nr. 19 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 309 „Lindenberg/Meerberg West“	238
2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Laatzen (Straßenreinigungsverordnung)	238

3. Stadt PATTENSEN

Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ (Stadtteil Hüpede)	239
Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Pattensen (Friedhofssatzung)	240
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Pattensen	247

4. Stadt SEELZE

8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Musikschule der Stadt Seelze vom 11.06.1987	248
1. Satzung zur Änderung der Honorarordnung für die Musikschule der Stadt Seelze vom 24.01.2002	249
Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Seelze	249

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

3. Stadt PATTENSEN

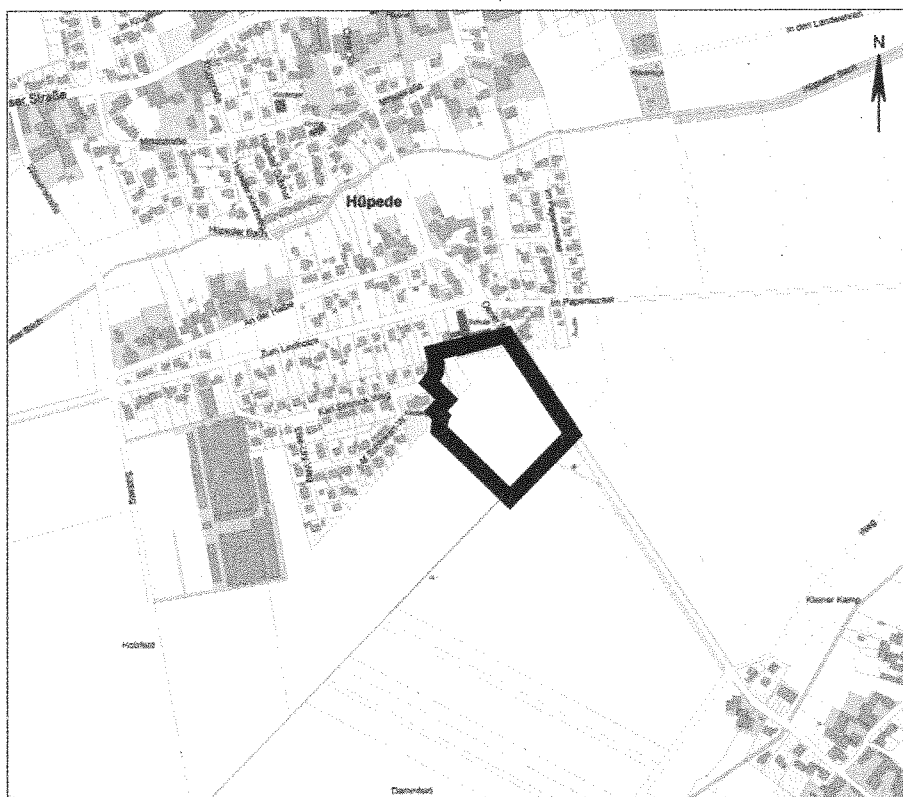
Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ (Stadtteil Hüpede)

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 03.07.2008 gem. § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316), sowie § 40 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der Neubekanntmachung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473), in der derzeit gültigen Fassung, die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ (Stadtteil Hüpede) mit textlichen Festsetzungen als Satzung sowie die Begründung beschlossen.

Die Stadt Pattensen hat die 1. Änderung des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 bezieht Grundstücksflächen unmittelbar westlich der „Oerier Straße“, zwischen der Schule und dem Oerier Friedhof im Stadtteil Hüpede ein.

Der räumliche Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes ist in der nachstehenden Lageskizze durch dicke schwarze Umgrenzung gekennzeichnet.



Kartenmaßstab ca. 1 : 10.000; Kartengrundlage Amtliche Karte M. 1 : 5.000 (AK 5); Herausgeber Katasteramt Hannover; Verwendung nach Nds. Gesetz über das Amtliche Vermessungswesen (NVerMG) freigegeben

Mit dieser Bekanntmachung wird die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 rechtsverbindlich.
Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 einschließlich Begründung kann im Sachgebiet für Verwaltung, Planung und Umwelt des Rathauses in Pattensen, Marienstraße 2, während der Sprechzeiten der Verwaltung

montags - freitags von 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr,
donnerstags außerdem von 15.00 bis 18.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
(Tel. 05101-1001-61/52)

von jedermann eingesehen werden.

Über den Inhalt der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 einschließlich Begründung kann Auskunft verlangt werden.

Des weiteren wird auf anschließend genannte Rechtsfolgen hingewiesen:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1, Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 406 schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316), über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche nach §§ 39-42 BauGB und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgerechter Geltendmachung wird hingewiesen.

Pattensen, den 09.07.08

STADT PATTENSEN

L. S. Der Bürgermeister
Griebe

Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Pattensen (Friedhofssatzung)

Aufgrund der §§ 6 und 8 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Stadt Pattensen am 13.05.1982 die Ursprungs-Satzung, am 09.12.1982 die 1. Änderung, am 20.02.1992 die 2. Änderung, am 18. 10. 2001 die 3. Änderung, am 13.11.2003 die 4. Änderung beschlossen und am 03.07.2008 die 5. Änderung, die gleichzeitig alle vorherigen Änderungen enthält, beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

- (1) Diese Friedhofssatzung gilt für die im Gebiet der Stadt Pattensen gelegenen städtischen Friedhöfe in

Hüpede, Koldingen, – alte Teilfläche, Felder 1 – 10, Koldingen – neue Teilfläche, Felder 11 – 14, Reden und Oerie sowie für die Benutzung der Friedhofskapellen auf den kirchlichen Friedhöfen in Jeinsen und Vardegötzen.

- (2) Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Pattensen. Sie dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Pattensen waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besitzen.
- (3) Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Stadtgebiet ausschließlich wegen hohen Alters oder Pflegebedürftigkeit aufgegeben haben, verlieren dadurch nicht das Recht, im Falle ihres Todes auf stadteigenen Friedhöfen beigesetzt zu werden.
- (4) Soweit Grabstätten in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, kann die Stadt die Beisetzung anderer als der in den Absätzen 2 und 3 genannten Personen zulassen.
- (5) Die Verstorbenen werden auf dem Friedhof bestattet, der ihrem letzten amtlichen Wohnsitz am nächsten liegt. Wenn nicht ein Bestattungs- bzw. Beisetzungsrecht an einem Wahlgrab auf einem anderen Friedhof besteht. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (6) Wenn auf einem Friedhof geeignete Grabstätten nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, kann die Stadt die Bestattung auf einem anderen Friedhof anordnen.
- (7) Die Nutzung der Friedhöfe einschließlich ihrer Bestattungseinrichtungen ist nach Maßgabe einer besonderen Friedhofsgebührensatzung gebührenpflichtig.

§ 2

Friedhofsverwaltung

Die Stadt nimmt das Ordnungsrecht auf den Friedhöfen wahr und regelt nach Maßgabe der gesetzlichen und ortsrechtlichen Vorschriften das Bestattungswesen. Sie organisiert die Friedhofsverwaltung und kann Bedienstete mit der Durchführung des Friedhofs- und Bestattungswesens ganz oder teilweise beauftragen.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe und Friedhofsteile können aus wichtigem Grund durch Beschluss des Rates außer Dienst gestellt oder entwidmet werden.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Soweit durch Außerdienststellung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahl- oder Urnenwahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag eine andere Wahl- bzw. Urnenwahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen verlangen.
- (3) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte verloren. Die in Einzel- oder Urneneinzelgrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhefrist noch nicht abgelaufen ist, die in Wahl- und Urnenwahlgrabstätten Bestatteten, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Stadt in andere Grabstätten umgebettet.
- (4) Außerdienststellung oder Entwidmung werden öffentlich bekanntgemacht. Der Nutzungsberechtigte einer Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufent-